STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 0 / Fachbereich 0 - Zentrale Dienste

Sitzungsvorlage

Datum: 20.03.2023

Drucksache Nr.: **23/0126**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
----------------	----------------	------------

Rat

27.04.2023

öffentlich / Entscheidung

Betreff

Bestellung eines Beigeordneten zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters gemäß § 68 Abs. 1 GO NRW

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin fasst folgenden Beschluss:

Der Technische Beigeordnete Rainer Gleß wird gemäß § 68 Abs. 1 GO NRW i. V. m. § 15 Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Sankt Augustin mit Wirkung vom 28.04.2023 (Tag nach der Ratssitzung) zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters (Erster Beigeordneter) bestellt.

Sachverhalt / Begründung:

Nach § 68 Abs. 1 GO NRW bestellt der Rat einen Beigeordneten zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters. Da die Amtszeit des bisherigen allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters, Herr Ali Doğan, durch seine Wahl zum Landrat des Kreises Minden-Lübbecke am 01.02.2023 endete, wird vorgeschlagen, den verbliebenen Beigeordneten Rainer Gleß zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters zu bestellen.

Vom 05.07.2008 bis zum 04.11.2020 nahm Herr Gleß diese Funktion bereits wahr. Somit verfügt er in dieser Funktion sowie durch seine langjährige Tätigkeit als Beigeordneter (seit 2001) über die notwendigen Kenntnisse und hinlängliche Erfahrung, um diese herausgehobene Funktion wahrzunehmen.

Die Besoldung richtet sich nach § 2 Abs. 3 der Verordnung über die Eingruppierung der kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten auf Zeit und die Gewährung von Aufwandsentschädigungen durch die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie weitere Körperschaften des öffentlichen Rechts (Eingruppierungsverordnung – EingrVO), wonach der allgemeine Vertreter des Bürgermeisters nach der Besoldungsgruppe B 3 besoldet wird.

Dr. Max Leitterstorf
Bürgermeister

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf 9.437 €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan 01-01-01 zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen.
Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.

- Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.
 Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.